Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/04/2022

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 25.04.2022,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:58 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Herr Gerhard Bartel
Herr Thomas Bellizzi
Herr Oliver Böge
Frau Doris Brandt
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Rolf Griesenberg
Herr Volkmar Kleinschmidt
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Horst Marzi
Herr Ali Haydar Mercan
Herr Marcus Olszok
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Erik Schrader
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg
Herr Michael Stukenberg

- 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht
 - 7.2.2. Landtagswahl am 08.05.2022
- 8. Nachrücken eines Stadtverordneten **2022/031**
- 9. Umbesetzung von Ausschüssen
 - 9.1. Antrag der CDU auf Umbesetzung der Ausschüsse **AN/009/2022**
 - 9.2. Antrag der SPD auf Umbesetzung der Ausschüsse **AN/010/2022**
- 10. Ernennung und Vereidigung des Bürgermeisters
- 11. Beschlussfassung über das Anliegen des Bürgerbegehrens "Lebendige Innenstadt" **2022/016**
- 12. 51. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich der so genannten "Alten Reitbahn" an der Stormarnstraße gegenüber des Stormarnplatzes **2022/009/1**
 - Abwägung der Stellungnahmen
 - Abschließender Beschluss
- 13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 99 "Alte Reitbahn" gemäß § 12 BauGB für den Bereich der Stormarnstraße 47 bis 51 sowie Teilflächen der Adolfstraße 18 und 20 (Flurstücke 972, 973, tlw. 946 und 968 der Flur 8 sowie tlw. Flurstück 1 der Flur 9).- Abwägung der Stellungnahmen **2022/007/1**
 - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
- 14. Bebauungsplan Nr. 100A "Kino" für den Bereich Bahnhofstraße 17 (Flurstücke 689, 690, 691, 692 sowie tlw. 693 und 694 der Flur 8) **2022/008/1**
 - Abwägung der Stellungnahmen
 - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
- 15. Erneuerung der Bogenstraße/Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO SH **2022/027**
- 16. Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung – Öffnung für den Beamtenstatus **2022/028**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er verweist auf die Maskenpflicht im Rahmen des Hausrechts.

Er bittet alle Anwesenden um ihr Einverständnis zur Aufnahme von Fotos und Videos im Rahmen der Vereidigung und Ernennung des Bürgermeisters in spe. Alle Anwesenden erklären sich einverstanden.

Bürgermeister Wilde bedankt sich bei Stadtverordneter Lohmann von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für die polizeiliche Meldung des „Z-Zeichens“, welches auf einer Skulptur vor dem Rathaus angebracht wurde und zwischenzeitlich entfernt wurde.

Bürgermeister Wilde gratuliert den Geburtstagsjubilaren.

Bürgermeister Wilde hält eine Trauerminute für den verstorbenen, ehemaligen Stadtverordneten Herrn Jens-Uwe Ehrlich ab.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit mit 35 anwesenden Stadtverordneten fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Wilde verliest die Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung und gibt diese bekannt. Die verlesenen Beschlüsse werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Sarach führt aus, dass auf die Anfrage des Herrn Siemers bereits ein schriftlicher Antwortentwurf vorliegt und dieser Herrn Siemers kurzfristig zugesandt wird.

Herr Jürgen Siemers weist darauf hin, dass die Niederschrift der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2022 nicht im Bürgerinfoportal zu finden sei. Die Verwaltung sagt zu dies zu prüfen und ggf. zu berichtigen.

Herr Jürgen Siemers führt weiterhin aus, dass es unverständlich und unfair findet, dass er auf seine Anfrage bislang kein Antwortschreiben erhalten habe.

Frau Gudrun Probst-Eschke führt aus, dass sie beobachtet hat, dass es eine beträchtliche Zunahme von Falschparkern in der Innenstadt gibt. Sie findet, dass es sich im Zuge des Bürgerbegehrens in die Köpfe der Falschparker gesetzt habe, dass wir zu wenig Parkplätze haben und in Folge dessen jetzt einfach überall geparkt wird. Dies sei besonders im Bereich von Fuß- und Radwegen sehr auffällig und Sie möchte wissen, ob die Verwaltung diese Beobachtung teilt und was die Verwaltung hier beabsichtigt zu unternehmen.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Verwaltung diese Beobachtung teilt. Die personellen Engpässe im Bereich der Verkehrsüberwachung seien nunmehr überwunden und die Überwachung des ruhenden Verkehrs wird kurzfristig verstärkt um einen steigenden Überwachungsdruck bei den Falschparkern zu erzeugen.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 17 Vorlagen-Nr. 2022/029 in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

**34 dafür
1 Enthaltung**

Bürgervorsteher Wilde bittet den Tagesordnungspunkt 8 „Ernennung und Vereidigung“ auf TOP 10 zu verschieben. Die Tagesordnungspunkte 9 „Nach-

rücken eines Stadtverordneten“ und 10 „Umbesetzung der Ausschüsse“ sollen vorgezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 12.04.2022 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/03/2022 vom 21.03.2022

Einwände gegen die Niederschrift STV/03/2022 bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Siehe nicht öffentliche **Anlage**.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht

Der Finanzbericht Nr. 06/2022 ist als **Anlage** beigelegt.

7.2.2. Landtagswahl am 08.05.2022

Bürgermeister Sarach führt aus, dass bislang 5.556 Briefwahlanträge eingegangen sind und davon 2.230 online beantragt wurden. Es gibt keine Rückstände und die Anträge werden zuverlässig und tagesaktuell abgearbeitet.

2022/031

8. Nachrücken eines Stadtverordneten

Gemäß § 44 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in Verbindung mit § 67 Gemeinde- und Kreiswahlordnung rückt für den nachgerückten Bewerber der CDU-Fraktion, Herrn Timo Hennig, die nächste Listenbewerberin, Frau Claudia Rathje, nach.

Frau Rathje wird von Bürgervorsteher Wilde in ihr Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.

9. Umbesetzung von Ausschüssen

AN/009/2022

9.1. Antrag der CDU auf Umbesetzung der Ausschüsse

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Wilde verliest den Antrag über den anschließend wie folgt abgestimmt wird:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

AN/010/2022

9.2. Antrag der SPD auf Umbesetzung der Ausschüsse

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Wilde verliest den Antrag über den anschließend wie folgt abgestimmt wird:

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Ernennung und Vereidigung des Bürgermeisters

Bürgermeister Wilde erklärt, dass Herr Eckart Boege sein Mandat als Bürgerliches Mitglied der Stadtverordnetenversammlung mit Datum vom 22.04.2022 niedergelegt hat.

Bürgermeister Wilde gibt einen kurzen Ausblick auf den organisatorischen Ablauf der Ernennung und Vereidigung von Herrn Eckart Boege und hält eine Ansprache.

Ernennung:

Bürgermeister Sarach ernennt Herrn Eckart Boege im Namen der Stadt Ahrensburg mit Wirkung vom 1. Mai 2022 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 6 Jahren zum Bürgermeister der Stadt Ahrensburg und händigt ihm die Ernennungsurkunde aus. Anschließend überträgt er ihm das Amt des Bürgermeisters bei der Stadt Ahrensburg für die nächsten 6 Jahre und weist ihn mit Wirkung vom 1. Mai 2022 in die entsprechende Planstelle ein.

Herr Eckart Boege unterschreibt den Erhalt der Ernennungsurkunde.

Vereidigung:

Gem. § 74 Abs. 1 LBG in Verbindung mit § 53 Gemeindeordnung erfolgt die Vereidigung des Herrn Eckart Boege durch den Bürgervorsteher. Bürgervorsteher Wilde spricht die Eidesformel vor und Herr Eckart Boege spricht sie nach.

Bürgervorsteher Wilde übermittelt ihm im Namen der Selbstverwaltung seine herzlichsten Glückwünsche und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Anschließend hält Herr Eckart Böge seine Antrittsrede.

Im Anschluss an die Antrittsrede gratulieren die einzelnen Fraktionen Herrn Eckart Boege mit Blumengrüßen.

Bürgermeister Sarach als amtierender Bürgermeister hält eine Abschiedsrede.

Bürgervorsteher Wilde übermittelt ihm im Namen der Selbstverwaltung alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

2022/016

11. Beschlussfassung über das Anliegen des Bürgerbegehrens "Lebendige Innenstadt"

Bürgermeister Sarach hält einen Sachvortrag und stellt den Stadtverordneten Ihre Beschlussmöglichkeiten A und B der Vorlage 2022/016 im Hinblick auf das Bürgerbegehren dar.

Er führt aus, dass die Stadtverordnetenversammlung ein anstehendes Bürgerbegehren entbehrlich machen kann indem sie sich den Inhalt des Begehrens selbst zu eigen macht. Bürgermeister Sarach selbst misst dem Bürgerbegehren aus persönlicher Sicht eine große Erfolgchance bei.

Er führt weiter aus, dass im Falle eines erfolgreichen Bürgerentscheids für 2 Jahre eine Sperre gilt und alle Maßnahmen der Stadt nicht dem Inhalt des Bürgerbegehrens entgegenstehen dürfen. Eine Bindung an den Bürgerentscheid ist für 2 Jahre verbindlich. Die Initiatoren streben einen Bürgerentscheid im September an. Sollte sich die Stadtverordnetenversammlung das Bürgerbegehren zu Eigen machen und für die Variante A stimmen so bedeutet dies einen Zeitgewinn von 6 Monaten für die Stadt hinsichtlich der Bindung an den Beschluss.

Dies hätte zudem positive Auswirkungen auf das Städtebauförderprogramm.

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion erklärt, dass sich die SPD dem Beschlussvorschlag der Variante A nicht anschließt. Man möchte, dass der Bürgerentscheid stattfindet und die Bürger/innen dazu aufgerufen sind eigenständig abzuwägen und sich zu informieren.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion schließt sich seinem Vorredner an und findet, dass die Bürger selbst entscheiden sollen. Er begrüßt das Instrument eines Bürgerentscheids. Er führt weiterhin aus, dass die Verwaltung im Hinblick auf das Bürgerbegehren gute Arbeit geleistet hat und nichts für die Verzögerung kann, welche dazu geführt haben, dass der Bürgerentscheid nicht mit der Landtagswahl zusammengelegt werden konnte.

Stadtverordneter Schäfer von FDP-Fraktion stimmt seinen Vorrednern im Wesentlichen zu - bemängelt jedoch Zeitverzögerungen.

Er geht auf die vergangenen Sitzungen des Hauptausschusses (HA) vom 17.02.22 und der Stadtverordnetenversammlung (STV) vom 24.02.22 ein. Im HA hat Bürgermeister Sarach ausgeführt: *„Die Formulierung der Fragestellung bereits vom Innenministerium geprüft und für zulässig erklärt wurde. Es wird versichert, dass die Anhörung nach Erhalt umgehend bearbeitet wird um eine Zusammenlegung des Bürgerbegehrens mit der Landtagswahl (LTW) zu ermöglichen“*. In der STV hat Bürgermeister Sarach ausgeführt: *„Die Stadt Ahrensburg hat zwischenzeitlich die Anhörung des Innenministeriums erhalten und die darin gesetzte Frist bis 24.2.22 wird voraussichtlich eingehalten werden können. Die Stadtverordneten werden anschließend über die Stellungnahme nachrichtlich in Kenntnis gesetzt“*.

Am 23.02. wird eine mehrseitige, detaillierte Stellungnahme seitens der Verwaltung abgegeben. Der Tenor der Stellungnahme sei eindeutig, das Bürgerbegehren ist aus Sicht der Verwaltung nicht zulässig. Stadtverordneter Schäfer fragt sich, warum diese Stellungnahme so beantwortet worden ist und warum nicht früher.

Mit Schreiben des Innenministeriums vom 01.04.22 wurden die ablehnenden Argumente der Verwaltung vollumfänglich zurückgewiesen.

Das Bürgerbegehren ist somit rechtens. Die Stellungnahme der Verwaltung ist zwar zurückgewiesen worden, aber leider wurde hierdurch bewirkt, dass das Bürgerbegehren nicht mehr kostengünstig mit der Landtagswahl zusammengelegt werden konnte. Als Fazit der FDP-Fraktion war der Versuch der Verwaltung das Bürgerbegehren als unzulässig darzustellen nicht zielführend und wurde abgewiesen.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion erklärt, dass die WAB dem

Beschlussvorschlag der Variante A nicht zustimmen wird. Die WAB freut sich auf die demokratische Abstimmung – auch wenn Sie grundsätzlich gegen das Bürgerbegehren sind. Ahrensburg muss sich nun positionieren und die WAB sieht die Zukunft in weniger PKW's.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen führt aus, dass ein Bürgerbegehren ein wichtiges Mittel der Demokratie ist und die Bürger jetzt entscheiden müssen wo wir uns in Ahrensburg hinbewegen. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wünschen sich, dass das Bürgerbegehren nicht gut verläuft, aber im Rahmen eines Bürgerentscheids.

Stadtverordnete N. Levenhagen stellt nochmal besonders heraus, dass die Fragestellung des Bürgerbegehrens aufgrund der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung von der Kommunalaufsicht angepasst wurde.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion Die Linke empfindet den Wunsch des Bürgerbegehrens inhaltlich als Irrweg. Er geht davon aus, dass das Bürgerbegehren auch Bestandteil vieler anstehender Wahlkämpfe sein wird.

Angesichts der Redebeiträge stellt Bürgermeister Sarach den Antrag den Beschlussvorschlag zu ändern und die Variante A vollständig zu streichen. Eine Abstimmung soll lediglich über Variante B erfolgen.

Bürgermeister Sarach führt eine Timeline zum Bürgerbegehren aus um mit Nachdruck anzumerken, dass seitens der Verwaltung keine Verzögerungen herbeigeführt wurden. Weiterhin merkt er an, dass das Innenministerium sämtliche Auswirkungen auf das Städtebauprogramm im Rahmen seiner Prüfungen völlig außer Acht gelassen hat. Diese Kosten der zurück zu zahlenden Förderungen sind wohl möglich höher als die Kosten für den Bürgerentscheid.

Bürgervorsteher Wilde verliert den geänderten Beschlussvorschlag und es wird anschließend abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2022/009/1

- 12. 51. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich der so genannten "Alten Reitbahn" an der Stormarnstraße gegenüber des Stormarnplatzes**
- Abwägung der Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss

Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion hält einen gemeinsamen Sachvortrag für die Tagesordnungspunkte 12 (51. Flächennutzungsplanänderung), 13 (B-Plan 99 – Alte Reitbahn) und 14 B-Plan 100A – Kino) und führt

aus, dass allen drei Vorlagen in Umweltausschuss sowie Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich zugestimmt wurde.

Die folgenden Wortbeiträge beziehen sich ebenfalls auf die Tagesordnungspunkte 12, 13 und 14.

Stadtverordneter Randschau führt aus, dass diese heutige finale Entscheidung eine falsche Entscheidung ohne finanziellen Mehrwert sei. Es handelt sich beim B-Plan 99 „Alte Reitbahn“ um ein Filetgrundstück mit exzellenter Anbindung an den ÖPNV. Dies wäre ein idealer Standpunkt für sozialen Wohnungsbau gewesen. Nun bekäme mal lediglich 25% geförderten Wohnraum statt 1/3 wie es ein Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung eigentlich vorsieht. Weiterhin mahnt er an, dass hier nunmehr ein großer Parkplatz wegfällt, welcher mit Tagestickets genutzt werden konnte und von hoher Bedeutung für viele Pendler ist.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion DIE LINKE mahnt ebenfalls an, dass man sich hier nicht an die selbst gesteckten Ziele von 30% gefördertem Wohnungsbau halte und die Fraktion entsprechend nicht zustimmen wird.

Stadtverordneter B. Stuckenberg von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen führt aus, dass der Grundstückswert gutachterlich vorgeschrieben ist und seine Fraktion zustimmen wird.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU hält das Projekt für ausgewogen. Es werden Sozialwohnungen berücksichtigt, dem Edeka wird geholfen und es wird ein Kino gebaut. Die CDU-Fraktion wird zustimmen.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion DIE LINKE bemängelt, dass die sogenannten Kleinstwohnungen bislang nicht mit einem Mietpreis ausgewiesen wurden. Zudem hält er ein Kino mit 7 Sälen in Zeiten von Streamingdiensten sehr gewagt.

Stadtverordneter Bellizzi führt aus, dass er das Projekt städteplanerisch für falsch ansieht. Auch der Edeka habe derzeit eine wunderbare Anbindung an den ÖPNV wird nicht sonderlich von dem neuen Standort profitieren. Er führt weiterhin aus, dass er davon überzeugt ist, dass man im Rahmen von Wettbewerbsverfahren einen höheren Grundstückspreis hätte erzielen können. Zudem fehlt jetzt eine Lösung für Pendler durch den Wegfall des großen Parkplatzes.

Stadtverordneter Bellizzi stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung für den Tagesordnungspunkt 13 „B-Plan Alte Reitbahn“.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB Fraktion führt aus, dass ein Kino einer der größten Wünsche der Ahrensburger war und der Einzugsbereich hierfür sehr groß sei.

Bürgervorsteher Wilde verliert den Beschlussvorschlag zu Top 12 über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

21 dafür
14 dagegen

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung der 51. Flächennutzungsplanänderung „Alte Reitbahn“ abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtverordnetenversammlung geprüft: Die Stellungnahmen werden wie in **Anlage 1** dargestellt abgewogen. Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Plans zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 51. Flächennutzungsplanänderung (**Anlage 2**).
3. Die Begründung (**Anlage 3**) wird gebilligt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die 51. Flächennutzungsplanänderung zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der wirksame Flächennutzungsplan und die zusammenfassende Erklärung in das Internet unter der Adresse www.ahrensburg.de eingestellt ist und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

„Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren folgende Stadtverordnete/Bürgerliche Mitglieder von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen:“

2022/007/1

13. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 99 "Alte Reitbahn" gemäß § 12 BauGB für den Bereich der Stormarnstraße 47 bis 51 sowie Teilflächen der Adolfstraße 18 und 20 (Flurstücke 972, 973, tlw. 946 und 968 der Flur 8 sowie tlw. Flurstück 1 der Flur 9).- Abwägung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB**

Ein Sachvortrag sowie einige Wortbeiträge erfolgten bereits unter TOP 12.

Es folgten keine weiteren Wortbeiträge.

Stadtverordneter Bellizzi hat eine namentliche Abstimmung beantragt. Die namentliche Abstimmung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

21 dafür
14 dagegen

Beschlussvorschlag:

5. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen B-Plans Nr. 99 „Alte Reitbahn“ abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtverordnetenversammlung geprüft:
Die Stellungnahmen werden wie in **Anlage 1** dargestellt abgewogen. Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
6. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) beschließt die Stadtverordnetenversammlung den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 99 „Alte Reitbahn“ für den Bereich der Stormarnstraße 47 bis 51 sowie Teilflächen der Adolfstraße 18 und 20 (Flurstücke 972, 973, tlw. 946 und 968 der Flur 8 sowie tlw. Flurstück 1 der Flur 9), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A **-Anlage 2**) und dem Text (Teil B) und des Vorhaben- und Erschließungsplans (**Anlage 3**) als Satzung.
7. Der Durchführungsvertrag (**Anlage 6**) wird als Teil des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 99 „Alte Reitbahn“ beschlossen.
8. Die Begründung (**Anlage 4**) wird gebilligt.
9. Der Beschluss des vorhabenbezogenen B-Planes Nr. 99 „Alte Reitbahn“ durch die Stadtverordnetenversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige vorhabenbezogene Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung in das Internet unter der Adresse www.ahrensburg.de eingestellt ist und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

„Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren folgende Stadtverordnete/Bürgerliche Mitglieder von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen:“

2022/008/1

14. **Bebauungsplan Nr. 100A "Kino" für den Bereich Bahnhofstraße 17 (Flurstücke 689, 690, 691, 692 sowie tlw. 693 und 694 der Flur 8)**
- **Abwägung der Stellungnahmen**
- **Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Ein Sachvortrag sowie einige Wortbeiträge erfolgten bereits unter TOP 12.
Es folgten keine weiteren Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

24 dafür
11 dagegen

Beschlussvorschlag:

10. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des B-Plans Nr. 100A „Kino“ abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtverordnetenversammlung geprüft:
Die Stellungnahmen werden wie in **Anlage 1** dargestellt abgewogen. Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
11. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) beschließt die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan Nr. 100A „Kino“ für den Bereich Bahnhofstraße 17 (Flurstücke 689, 690, 691, 692 sowie tlw. 693 und 694 der Flur 8), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A –**Anlage 2**) und dem Text (Teil B – **Anlage 3**) als Satzung.
12. Die Begründung (**Anlage 4**) wird gebilligt.
13. Der Beschluss des B-Planes Nr. 100A „Kino“ durch die Stadtverordnetenversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan in das Internet unter der Adresse www.ahrensburg.de eingestellt ist und über den digita-

len Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

„Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren folgende Stadtverordnete/Bürgerliche Mitglieder von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen:“

2022/027

15. Erneuerung der Bogenstraße/Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO SH

Stadtverordneter Kubczigk von der SPD Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass die Mittel bereits angemeldet waren und nur nicht im Haushaltsplan aufgetreten sind. Eine Abstimmung im Bau- und Planungsausschuss verlief einstimmig.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Beschlussvorschlag:

1. Beim Produktsachkonto (PSK) 54100.0900001/Projekt 202 zum Ausbau der Bogenstraße wird gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO SH) einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 70.000 € zugestimmt.
2. Die Deckung wird gewährleistet durch folgende Minderauszahlungen
 - a) bei dem PSK 54100.0900001/Projekt 275 für die Erneuerung Wegeverbindung Reeshoop/Immanuel-Kant-Straße in Höhe von 50.000 € und
 - b) bei dem PSK 54100.0900001/Projekt 260 für die Erneuerung Weg zum Gartenholz (von der Lübecker Straße) in Höhe von 20.000 €.

2022/028

16. Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung – Öffnung für den Beamtenstatus

Herr Grindel hält einen Sachvortrag und erklärt, dass dies ein weiterer Baustein ist um die Ausschreibungen der Stadt Ahrensburg attraktiver zu gestalten. Ohne vorhandene Planstellen sind Besetzungen mit Beamten nicht möglich und auf diese Weise möchte man mehr Bewerbungen generieren.

Stadtverordneter Röper von der CDU-Fraktion findet, dass solche Stellenausschreibungen mit Öffnung für den Beamtenstatus im Einzelfall beschlossen werden sollten und nicht in einem Pauschalverfahren. Er gibt zu bedenken, dass dies langfristige, finanzielle Auswirkungen herbeiführen könnte.

Stadtverordneter Randschau von der SPD Fraktion erwidert, dass wir dieses Instrument der Bewerbergewinnung zwingend brauchen. Die Aussage, dass die Verwaltung es nicht einfach habe Stellen zu besetzen sei eine deutliche Untertreibung. Beispielhaft wird hier die Bauverwaltung angeführt.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass wir die generelle Genehmigung benötigen um im Einzelfall handeln zu können und zwar schnell. Jedes Mal für eine Stellenbesetzung erst ins Gremium ist nicht praktikabel. Bewerbungsverfahren müssen schnell und einfach ablaufen. Die Öffnung für den Beamtenstatus verspricht einen Zugewinn durch Mitarbeiter und ein Vorankommen für Projekte; ggf. entstehende Versorgungsleistungen sind nicht markant.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion DIE LINKE ist erstaunt über die kritische Begutachtung schließlich seine die Hürde mit dem Hauptausschuss stets gegeben für die Zustimmung einer tatsächlichen Stellenumwandlung.

Stadtverordneter Bellizzi führt aus, dass man Beamte im Zweifelsfall zwar schlecht wieder loswird, aber die Stadtverwaltung klare Besetzungsprobleme hat. Viele Bewerber gehen zur Kreisverwaltung, weil dort Beamte eingestellt werden. Die Öffnung des Beamtenstaus würden auch bereits verbeamteten ermöglichen zur Stadtverwaltung zu wechseln, dies verspricht einen Zugewinn an fachlicher Erfahrung.

Bürgermeister Sarach ergänzt, dass eine regelmäßige Evaluierung im Rahmen der jährlichen Stellenberatungen erfolgt.

Bürgermeister Wilde verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

25 dafür
5 dagegen
5 Enthaltungen

Bürgermeister Wilde schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:58 Uhr.

Beschlussvorschlag:

1. Um den Kreis der potentiellen Bewerberinnen und Bewerber zu vergrößern, wird die Verwaltung grundsätzlich ermächtigt, Ausschreibungen vakanter Stellen für die Statusgruppe der Beamtinnen und Beamten zu öffnen, auch wenn im aktuellen Stellenplan (Teil A – Verwaltung) explizit noch keine entsprechende Planstelle vorhanden ist.
2. Der Hauptausschuss wird ermächtigt, anlassbezogen über die Umwandlung von Beschäftigten- in Planstellen zu beschließen.

gez. Roland Wilde
Vorsitzende/r

gez. Peggy Ehrig
Protokollführer/in